

Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bei den den Bezirksbürgermeistern unterstehenden in allen Bezirken im Rahmen der Abteilung für Wirtschaft gebildeten Industrie-Ausschüssen einzureichen sind.

Diese Regelung betrifft alle Preisanträge der Industrie, des Handwerks und des Handels. Die Anträge müssen den im Verordnungsblatt der Stadt Berlin Nr. 41 vom 30. Oktober 1946 veröffentlichten Richtlinien entsprechen. Die

Anträge mit sämtlichen Unterlagen «und in dreifacher Ausfertigung einzureichen.

Diese Regelung tritt am 1. Oktober 1947 in Kraft.

Berlin, den 27. September 1947.

Magistrat von Groß-Berlin
Preisamt I H u e r

Deutsche Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone

Bewachung und Verwaltung des Vermögens der geschlossenen staatlichen Kreditinstitute des sowjetischen Sektors von Berlin

Die Finanzverwaltung der Sowjetischen Militär-Administration in Berlin-Karlshorst hat die Deutsche Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone beauftragt, durch die Kommission der deutschen Zentralfinanzverwaltung zur Sicherstellung der Geschäftsunterlagen und Wertpapiere der Hauptsitze geschlossener deutscher Banken, Berlin W 8, Französische Straße 54 (Kurzbezeichnung: Banken-Kommission der DZfV) die Bewachung und Verwaltung des Vermögens der geschlossenen staatlichen Kreditinstitute des sowjetischen Sektors Berlins «zu übernehmen.

Hierzu gehören insbesondere folgende Institute: Bank der Deutschen Luftfahrt, Aktiengesellschaft; Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft; Deutsche Reichsbank*; Deutsche Zentralgenossenschaftskasse; Preußische Staatsbank (Seehandlung); Redchs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Cen-

tral-Landschafts-Bank; Landschaftliche Bank für Brandenburg; Märkische Landschaft; Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehnskasse.

In ihrer Eigenschaft als Verwalterin zeichnet die Banken-Kommission der DZfV an Stelle der Gesellschaftsorgane und sonstigen Unterschriftsträger.

Die Veröffentlichung vom Februar 1946, wonach laut Befehl der SMA Nr. 19 vom 25. Januar 1946 die Funktionen gemäß Befehl der SMA Nr. 124/1945 betreffend einige reichseigene und staatliche Kreditinstitute der Deutschen Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone übertragen wurden, ist durch obige Anordnung überholt.

Berlin, den 17. Juli/30. August 1947.

Der Präsident
der Deutschen Zentralfinanzverwaltung
in der sowjetischen Besatzungszone
Meyer

Justizbehörden

Öffentliche Zustellungen

Die Ehefrau Hildegard Gohr, geb. Rinck, Berlin-Charlottenburg 9, Sleubenplatz 1 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Scholz, Berlin-Charlottenburg 9, Reichstraße 2 —, klagt gegen Willi Gohr, früher ebenda wohnhaft, zur Zeit unbekanntes Aufenthalts, wegen Ehescheidung.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 6. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindenthaler Allee 5, Saal Nr. 2, auf den 29. November 1947, 9.30 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 6. R. 468/47.

Die Ehefrau Luise Müller, geb. Pisarz, Berlin-Pankow, Clauthaler Str. 2t — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wendland, Berlin-Pankow, Kiseingenstr. 45 —, klagt gegen den Polsterer Heinrich Müller, zur Zeit unbekanntes Aufenthalts, mit dem Anträge, die Ehe der Parteien aufzuheben, evtl. die Ehe der Parteien aus Alleinschuld des Beklagten zu scheiden.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikastieg 8, Zimmer 8, auf den 5. Januar 1948, IIIV+ Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 11. R. 483/47.

I. Die Frau Lieselotte Herzog, geb. Scholz, in Berlin N. 20, Grüntaler Straße 11, Quergebäude III, bei Haager — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Rudolf Goldstein Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 42 —, klagt gegen den Schlosser Herbert Herzog, früher in Berlin N58, Schönhauser Allee 54, bei Pöeger jetzt unbekanntes Aufenthalts, wegen Ehescheidung mit dem Anträge, die Ehe der Parteien zu scheiden und den Beklagten für allein schuldig zu erklären.

II. Die Ehefrau Margarete Kühnau, geb. Eggers, in Berlin N, Choriner Straße 46 — Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Josef Raahfall, Berlin N 58, Kaselueinallee 10 —, klagt gegen ihren Ehemann, den kaufmännischen Ange-

stellten Bruno Kühnau, früher ebenda wohnhaft, jetzt unbekannt« Aufenhardt«, mit dem Anträge, 1. die Ehe der Parteien zu scheiden und den Beklagten für allein schuldig zu erklären und ihm 2. die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen.

Die Klägerinnen ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 6. Zivilkammer des Landgerichts Berlin in Berlin-Zehlendorf-West, Lindenthaler Allee 5, Zimmer Nr. 11, auf den 3. Dezember 1947, zu I. 9.30 Uhr, zu II. 10.30 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Die Ehefrau Käthe Kunze in Berlin, Lamgenbeckstraße 4 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Dietze in Berlin, Wittenbergplatz 3 —, klagt gegen den Oskar Kunze, früher in Fischen im Allgäu, jetzt unbekanntes Aufenthalts, wegen Ehescheidung

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 5. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindenthaler Allee 5, Saal 2, auf den 28. November 1947, 41 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 5. R. 629/45.

Der Bauunternehmer Heinrich Dziellak, Berlin SO 36, Görfitzer Straße 38 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ernst Schindler und Dr. Georg Jaretzki, Berlin N 65, Müllerstraße 145 —, klagt gegen die Ehefrau Anneliese Dziellak, geb. Burg har dl, zur Zeit unbekanntes Aufenthalts, wegen Ehescheidung mit dem Anträge, die Ehe der Parteien zu «heide«, die Beklagte für allein schuldig zu erklären und ihr die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 4. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindenthaler Allee 5, Zimmer Nr. 2, auf den 4. Dezember 1947, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu Ueeen.

Az. 4. R. 39/47.

Berlin, den 1. August, 18., 12., 23. September. 1. Oktober 1947.
Landgericht Berlin

III. Bekanntmachungen der Wirtschaft

Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft

Berlin-Friedenau, Ringstraße 38

Einladung zur 41. ordentlichen Hauptversammlung am Dienstag, dem 28. Oktober 1947, 11 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Berlin-Friedenau, Ringstraße 38.

Tagungsordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes und Bericht des Aufsichtsrates für die Geschäftsjahre 1945 und 1946.
2. Vorlegung der durch Vorstand und Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 1945 und 31. Dezember 1946.
3. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
4. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für die Geschäftsjahre 1945 und 1946.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1947.
6. Wahlen zum Aufsichtsrat.
7. Beschlußfassung über Änderung der Satzung: Sitz der Gesellschaft 5 I.

Berlin, den 27. September 1947.

Der Vorstand

Rotophot Aktiengesellschaft für graphische Industrie Berlin

Die Aktionäre werden hiermit zur diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung am Dienstag, dem 28. Oktober 1947, 15 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg 4, Schlüterstraße 39, Zimmer 228, eingeladen.

Tagungsordnung:

1. Vorlegung des Abschlusses für das Geschäftsjahr 1946 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1947.

Aktionäre, die ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien spätestens am 24. Oktober 1947, 15 Uhr, bei der Kasse der Gesellschaft oder bei Rechtsanwalt und Notar Dr. Otto Winner, Berlin-Charlottenburg 4, Schlüterstraße 39, zu hinterlegen. Statt der Aktien können auch von einem deutschen Notar ausgestellte Hinterlegungsscheine hinterlegt werden. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einem zugelassenen Kreditinstitut bis zum Ende der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Berlin, den 22. September 1947.

Der Vorstand: P e g l o w, W e n d t.

Wichtige Bekanntmachung

Ab sofort erscheint bei dem Verlag „DAS, NEUE BERLIN VERLAGSGESELLSCHAFT M. B. H.“ Serlta N4, Ldnl-enstraBe 139/III, aut Anordnung der Alliierten Kommandantur das

Amtsblatt der Alliierten Kommandantur Berlin

Monatlich ein Heft (etwa 40 Seiten) 1,60 RM, im Poslabonnement vierteljährlich 4,80 RM zuzüglich Zustellgebühr. Bestellungen nimmt der Verlag oder Ihr zuständiges Postamt entgegen.

Das Amtsblatt bringt in vier Sprachen im Originalwortlaut sämtliche Anordnungen, Anweisungen, Bekanntmachungen und sonstigen Bestimmungen der Alliierten Kommandantur Berlin Alle in Groß-Berlin ansässigen Personen haben die Pflicht, sich mit den darin veröffentlichten Dokumenten vertraut zu machen. Vor den Gerichten und zu allen anderen Zwecken besitzt das Amtsblatt Beweiskraft.

Herausgeber: Magistrat von Groß-Berlin, Berlin C 2, Neues Stadthaus. Herausgabe erfolgt nach Bedarf. Verlag: DAS NEUE BERLIN, Verlagsgesellschaft m.B.H., Berlin N4, Linienstraße 139/140, Telefon: 42 59 41. Postscheckkonto Berlin 2857 89. Bestellungen sind nur an den Verlag zu richten. Bezugspreis vierteljährlich, Kch 4 RM zuzüglich Postgebühren, Einzelheft 8,40 RM. Redaktion: Berlin G 2, Neues Stadthaus, Chefredakteur Adolf Erlenbach, Telefon: 51 03 11, App. 158. Das nur Veröffentlichung bestimmte Material 1st der Redaktion einzusenden. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1 der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland.

Druck: (37) Magistratsdruckerei, Berlin N4, Linienstraße 138/140.

3718.29. f. 47